

Interview mit dem scheidenden FDP-Präsidenten und Asylexperten Philipp Müller

Ein Rückblick ohne Wehmut

Am kommenden 16. April 2016 wird die FDP Schweiz einen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin für das Amt ihres Präsidenten wählen. Kurz nach den Wahlen vom Herbst 2016 erklärte der bisherige Präsident, Ständerat Philipp Müller, überraschend seinen Rücktritt. Der abtretende Präsident hat seiner Partei massgeblich zu mehr Bürgernähe und Bodenhaftung und damit auch zum Wahlerfolg verholfen. Im Interview mit WB-Redaktor Martin Suter nimmt Philipp Müller Stellung zu seinen Beweggründen, seinen politischen Befindlichkeiten und auch zur Asylreform.

Philipp Müller, Sie haben bei der Bekanntgabe Ihres Verzichts auf eine erneute Kandidatur als FDP-Präsident mehrfach betont, man soll dann gehen, «wenn es am schönsten ist». Das tönt zwar gut, aber möglicherweise ist es nur die halbe Wahrheit?

Diese Frage klingt ja richtiggehend nach Verschwörungstheorie! Es ist sicher besser den Platz zu räumen, bevor man zum Sesselheber wird. Ich wurde zwar mehrfach gebeten, weiter zu machen, aber ein Generationenwechsel tut auch gut.

Sie sind ja «erst» seit 2012 FDP-Präsident. Ist es nicht vielmehr so, dass Ihnen der ganze «Politikram» heute mehr zu schaffen macht als früher und Sie sich deshalb schon mehr als einmal gefragt haben: Für was bzw. wen mache ich das alles?

Überhaupt nicht. Politik in Bern mache ich nach wie vor gerne und Spass macht es mir immer noch. Es ist nie langweilig, nie immer wieder dasselbe und immer hochspannend. Hätte ich zudem Ja gesagt zu einer Verlängerung, hätte ich bis 2020 machen müssen. Wir haben zwar Amtsperioden von zwei Jahren, aber ein Rücktritt im Jahr 2018, also ein Jahr vor den nächsten Wahlen, wäre nicht optimal gewesen. Ein neuer Präsident muss sich ja auch erst einarbeiten. Zudem bleibe ich ja in Bern. Das Ständerats-Mandat ist eine neue Erfahrung.

Zurück zum idealen, sprich «schönsten» Zeitpunkt. Was ist denn besonders schön an der gegenwärtigen Situation der FDP?

Wir haben seit Herbst 2014 bei sämtlichen kantonalen und kommunalen Wahlen zugelegt. Dann haben wir auch bei den Nationalratswahlen Sitze dazu gewonnen. Das erste Mal wieder seit 36 Jahren. Im Ständerat sind wir mittlerweile die grösste Gruppe, gleichauf mit der lange Zeit dominierenden CVP. Jüngste Umfragen zeigen, dass unser Aufwärtstrend noch weiter stark anhält.

Sie haben Ihrer Partei zu massgeblich mehr Bürgernähe und Bodenhaftung verholfen. Wie haben Sie das denn geschafft, die Optik der Bützer und Finanzhaie einander näherzubringen?

Das hat sicher auch damit zu tun, dass ich selber aus einem «Büezermilieu» stamme. Ich bin immer zu meiner Herkunft gestanden. Mir war und ist es immer wichtig, authentisch zu bleiben. Dass ein gelernter Gipser die FDP präsidiert, war am Anfang wohl für viele ein richtiger Schock. Es war zu Beginn eine intensive Zeit, mit viel Reiserie, viel Überzeugungsarbeit und unzähligen Anlässen in der ganzen Schweiz. Ich hätte kaum einen festen Wohnsitz benötigt, ein Wohnmobil wäre praktischer gewesen. Aber ich habe zum Glück den Vorteil von Bahnreisen entdeckt. Mit dem Auto nach Sursee und von dort in deutlich weniger als zwei Stunden nach Lausanne, und das ohne umsteigen. Das schafft man bei der heutigen Verkehrsdichte mit dem Auto niemals.



«Die regelmässigen Ratings, die irgendwelche Politologen machen, zeigen, dass ich sicher nicht nach links gerutscht bin.»

(FDP-Ständerat Philipp Müller relativiert seine Nähe zur SVP)

«Bundesrat nein danke!» Ständerat Philipp Müller liebt die Freiheit zu sehr und schliesst deshalb Ambitionen in diese Richtung nach wie vor aus. (Bild: zVg.)

War diese teilweise Neuausrichtung der Freisinnigen nicht mit internen Grabenkriegen oder gar persönlichen Anfeindungen verbunden?

Nein, in keiner Art und Weise. Angriffe kamen nach einer gewissen Schonfrist von anderen politischen Parteien. Aber das gehört dazu. Ich hätte mir Sorgen gemacht, wenn andere

lament als Mitglied der damaligen Staatsrechnungskommission vor allem Finanzpolitiker. Wir haben zu dieser Zeit sehr gut mit der SVP zusammen gearbeitet. Das hat mit SVP-Nähe nichts zu tun. Die regelmässigen Ratings, die irgendwelche Politologen machen, zeigen, dass ich sicher nicht nach links gerutscht bin.

Themenwechsel: Die geplante Asylreform des Bundes sorgt bei vielen Gemeinden für Widerstand. Wie beurteilen Sie die Asylreform – Sie sind bekanntlich nicht der erklärte Freund von Justizministerin Simonetta Sommaruga?

Das ist keine Vorlage von Frau Sommaruga, sondern eine Vorlage des Parlaments. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass man sich gegen eine Reform stellt, die als Kernanliegen eine massive Beschleunigung der Asylverfahren mit sich bringt.

Als Kommissionssprecher kennen Sie auch dieses Dossier sehr gut. Ist es Ihnen gelungen, die Vorgaben für eine straffere Asylpolitik in die Tat umzusetzen oder sind die Reformbestrebungen einmal mehr der Kategorie «lari-fari» oder «halbherzig» zuzuordnen?

Weder noch. Die Asylreform, über die wir am 5. Juni abstimmen, ist eingehend und eins zu eins genau so getestet worden. In einem Testzentrum in Zürich wurden die beschleunigten Verfahren auf ihre Wirksamkeit überprüft. Es handelt sich also erstmals in diesem Bereich nicht um einen Papiertiger, sondern um die Umsetzung einer Testphase in das ordentliche Gesetz. Der Testbetrieb hat gezeigt, dass die Verfahren um 39 Prozent schneller abgeschlossen werden konnten. Damit werden alljährlich über 100 Millionen an Kosten eingespart.

Die Gemeindeautonomie genießt in unserem Land einen sehr hohen Stellenwert. Droht diese mit der geplanten Asylreform nicht unter die Räder zu kommen?

«Zuerst hat die SVP mit den angeblichen Gratisanwälten argumentiert. Dann hat man gemerkt, dass dies wohl nicht so zieht, weil die heutigen Rechtskosten viel höher liegen.»

(Philipp Müller zu den angeblich drohenden Enteignungen der Gemeinden im Zusammenhang mit der Asylreform)

Ich sehe nicht, wo dies der Fall sein könnte. Das Gesetz hält ausdrücklich fest, dass für die Unterbringung in einem kommunalen Zentrum das Einverständnis des Standortkantons erforderlich ist.

Aber der Gemeindeverband steht nicht mehr geschlossen hinter der Asylreform und verzichtet neuerdings sogar auf eine Abstimmungsempfehlung?

Das ist mir unerklärlich. Gerade die Gemeinden sind es ja, welche mit einer hohen Zahl von Asylsuchenden belastet werden, Unterkünfte bereit stellen und sonstige Kosten übernehmen müssen. Mit der Asylreform sollen 60 Prozent aller Asylsuchende bereits in Bundeszentren erledigt werden. Diese werden also gar nicht mehr auf die Gemeinden verteilt.

Von möglichen «Enteignungen» ist die Rede. Sie als Kommissionssprecher hätten doch spätestens hier ein energisches Veto einlegen müssen?!

Davon spricht die SVP, in der Tat. Zuerst hat die SVP mit den angeblichen Gratisanwälten argumentiert. Dann hat man gemerkt, dass dies wohl nicht so zieht, weil die heutigen Rechtskosten viel höher liegen. Nun kommt das Enteignungsgesetz daher. Fakt ist, dass der Bund bei der Errichtung der Bundeszentren die Kantone und die Gemeinden frühzeitig einbinden muss und alle Wege über das bestehende Enteignungsgesetz mit den entsprechenden Rechtsmitteln führen müssen.

Und wie ist das nun mit diesen Gratisanwälten?

Das sind eigentlich Beschleunigungsanwälte. Sie sorgen dafür, dass die Verfahren in den Bundeszentren derart rasch durchgeführt werden können. Diese Beschleunigungsanwälte werden mit einer Fallpauschale entschädigt, die weit unter den heutigen Beistandskosten liegt. Dadurch haben die Rechtsbeistände keinen Anreiz mehr, ein aussichtsloses Verfahren durch endlose Beschwerden bis an die letzte Instanz zu ziehen. Ganz anders ist es heute: Im geltenden Recht beziehen Anwälte bei Beschwerdeverfahren einen Stundenansatz von 250 bis 300 Franken und haben alles Interesse daran, das Verfahren zu verlängern. Die Rechnung bezahlt letztlich der Steuerzahler.

Weshalb hat denn die SVP das Referendum ergriffen?

Das frage ich mich wirklich auch. Die Durchführung des Testbetriebs für beschleunigte Verfahren wurde vom Parlament im September 2012 und von 78.4 Prozent des Volkes in der Referendumsabstimmung vom Juni 2013 unterstützt – auch von der SVP. Darin war eine Kürzung der Beschwerdefrist von 30 auf 10 Tage festgeschrieben, wenn der wirksame Rechtsschutz gewährleistet ist. In der nun vorliegenden, neuen, Asylreform ist die Beschwerdefrist nun sogar auf 7 Tage reduziert worden. Es geht also auch um die Umsetzung eines Volksentscheides.

Nebst anderen Politikern stellt sich auch Renate Gautschi, die Präsidentin der Aargauischen Gemeindeammännerversammlung, gegen die Reform. Wir behaupten einmal kühn, der Gontenschwiler Gemeindeammann, übrigens ebenfalls FDP, liegt mit seiner Einschätzung näher bei den Bürgern als Frau Sommaruga und Sie als Kommissionssprecher?

Und ich behaupte genau so kühn, dass ich das Testverfahren genauestens kenne und eine massive Beschleunigung der Verfahren durch diesen Testbetrieb bestätigt worden ist.

Konkret und bitte nur Fakten: Was genau bringt die angestrebte Asylreform der Schweiz?

Das können Sie gerne und ausführlich haben: Die Reform bringt eine durchschnittliche Zeiteinsparung über alle Verfahrensarten von rund zweieinhalb Monaten. Dies bei Kosten von 1500 Franken pro Monat und Asylsuchendem. Daraus ergibt sich eine Einsparung pro Verfahren von 3750 Franken. Die teuren Anwälte, die heute im Stundenansatz arbeiten, werden durch Rechtsbeistände ersetzt, die nur noch eine Fallpauschale erhalten. Die Beschwerdefristen werden von 30 auf sieben Tage gekürzt. Die Wegweisung bei rund 60 aller Verfahren mit negativem Entscheid werden direkt ab den Bundeszentren erfolgen. Diese Fälle werden nicht mehr auf die Gemeinden verteilt. Es gibt neu Sonderzentren für renitente Asylsuchende, welche die Ordnung der regulären Asylzentren stören. Die Kosten werden pro Jahr um rund 110 Millionen Franken reduziert. Rasche Verfahren senken den Anreiz, überhaupt in der Schweiz ein aussichtsloses Asylgesuch zu stellen.

Somit keine überflüssige Reform, wie das in den Reihen der Opposition moniert wird?

Wäre die Reform überflüssig, hätten die jungen Linksrünen ja kaum das Referendum gegen den Parlamentsbeschluss vom September 2012 über dringliche Änderungen des Asylgesetzes ergriffen. Dass nun ausgerechnet die SVP die definitive Überführung des dringlichen Rechts in das ordentliche Recht bekämpft, ist irgendwie eine Ironie der Politgeschichte

Grundsatzfrage: Wer in gewissen Ländern einreisen und sesshaft werden will (Beispiel Thailand), muss auf einem Sperrkonto ein mittleres Vermögen deponieren, um dem Staat «im Fall der Fälle» nicht zur Last zu fallen. Wäre eine solche Regelung für die Schweiz nicht auch denkbar?

Wollen Sie Thailand allen Ernstes mit der Schweiz vergleichen? Die schmeissen illegal Eingereiste in den Dschungel zurück oder ins Gefängnis. So stelle ich mir die Schweiz nicht vor. Aber dass die Verfahren viel schneller

«Wollen Sie Thailand allen Ernstes mit der Schweiz vergleichen? Die schmeissen illegal Eingereiste in den Dschungel zurück oder ins Gefängnis.»

(Schade gibt es in unserem Land keinen Dschungel, werden gewisse Schweizer denken...)

werden müssen ist für mich klar. Wir müssen rasch möglichst herausfinden, wer kein richtiger an Leib und Leben bedrohter Flüchtling ist, um diesen ebenso rasch wieder zurück schicken zu können.

Die Standardfrage zum Schluss: Wie sieht Ihr politischer Zeithorizont aus oder anders formuliert: Wie lange werden Sie als Ständerat noch im «Stöckli» vertreten sein?

Meine Standardantwort dazu: So lange ich gesund bin und Spass an der Politik habe, will ich es auch machen.

Sie haben schon mehrfach dankend abgelehnt, trotzdem die eher rhetorische Schlussfrage: Bundesrat ist nach wie vor kein Thema für Philipp Müller?

Ich bin wohl einer der wenigen Parlamentarier, der wirklich nie Bundesrat werden wollte, selbst als ich noch jünger war. Ich liebe die Freiheit zu sehr. Als Bundesrat geht diese verloren. Ich sehe ja sehr direkt, wie es bei den Bundesräten zu und her geht. Die Belastungen, der Zeitaufwand und die Anspannungen sind immens. Nein danke!

INTERVIEW: MARTIN SUTER